



An den Grossen Rat

19.5528.02

PD/P195528

Basel, 8. Januar 2020

Regierungsratsbeschluss vom 7. Januar 2020

Interpellation Nr. 132 von Sarah Wyss betreffend Dreirosenanlage

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 11. Dezember 2019):

„Das Stadtteilsekretariat Kleinbasel hat mit dem Kleinstadt-Gespräch vom 30. Oktober 2019 ein Thema aufgenommen, welches vielen Akteuren unter den Nägeln brennt. Die Diskussion war kontrovers, aber sehr konstruktiv. Zahlreiche Akteure wie Verwaltung (Stadtgärtnerei, Stadtentwicklung, Polizei) wie aber auch die Nachbarschaft, professionelle Akteure der Jugendarbeit, NutzerInnen der Anlagen und Weitere waren anwesend. Es scheint als wäre es erkannt worden, dass es auf der Dreirosenanlage ein gewisser Nutzungskonflikt besteht. Der Interpellation von Felix Wehrli (*Geschäftsnummer 19.5455.02*) ist es zudem zu mehr registrierten Ereignissen und Strafbeständen gekommen. Lösungen werden gesucht, kleine Anpassungen vorgenommen. Die Politik hielt sich bislang aus der Diskussion heraus. Angesichts des offenen Briefes der JuAr, welcher am 31. Oktober 2019 veröffentlicht wurde, ist es der Interpellantin ein Anliegen, die Herausforderungen auf der Dreirosenanlage politisch aufzugreifen und bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Situation auf der Dreirosenanlage ein?
2. Welches Departement und welche Abteilung haben die Federführung? Falls kein Departement die Federführung hat, bittet die Interpellantin ein zuständiges Departement zu benennen.
3. Mit den Tendenzen der Mediterranisierung des öffentlichen Raums und der 24-Stunden-Gesellschaften bedarf es bei verschiedenen Departementen auch mehr Ressourcen, um die zunehmenden Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zu bearbeiten. Wie viel Ressourcen braucht es nach Ansicht des Regierungsrats für diese Aufgabe?
4. Seit wann gibt es einen Runden Tisch um die Thematik der Dreirosenanlage? Welche Verbesserungsmaßnahmen konnten bereits umgesetzt werden und welche Massnahmen sind für 2020 in Planung? Welche von dem Runden Tisch vorgeschlagenen Verbesserungen konnten nicht umgesetzt werden und weshalb?
5. (ist bereits in Frage 3 enthalten) Das Mittel eines offenen Briefes ist heftig. Aus Sicht des Regierungsrates, welche Gründe führten dazu? Wie hätte eine solche Eskalation vermieden werden können?
6. Wie geht der Regierungsrat mit dem Spagat der Verdrängung, dem Recht der Nutzung des öffentlichen Raumes für alle und den Bedürfnissen der betroffenen Institutionen der Jugendarbeit um?
7. Zwei Forderungen stachen in der öffentlichen Diskussion besonders heraus:

A: Der Ruf nach „intensiverer Betreuung Die Vorstellungen über Betreuer, deren Aufgaben, Zielgruppe und dem Zeitumfang für die Betreuung sind unterschiedlich und reichen von mehr Präsenz der (Jugend-)Polizei bis hin zu Rangersystemen und aufsuchender Sozialarbeit. Ist der Regierungsrat gewillt für ein Ausbaus der sozialarbeiterischen Tätigkeiten in diesem Gebiet Mittel beim Grossen Rat zu beantragen?

B: Den Akteuren zu Folge ist die Unterbeschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit gewisser Personen und deren Perspektivlosigkeit ein Teil des Nutzungskonflikts: Welche politischen Massnahmen

schlägt der Regierungsrat vor um sich dieser Thematik vermehrt anzunehmen (sowohl bei Personen mit wie auch ohne Schweizer Pass)? Kann der Regierungsrat sich vorstellen auf der Dreirosenanlage Beschäftigungen anzubieten oder könnten bereits in diesem Bereich tätige Akteure dies tun (mit einem Leistungsauftrag)?

Sarah Wyss“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. *Wie schätzt der Regierungsrat die Situation auf der Dreirosenanlage ein?*

Die Dreirosenanlage ist eine beliebte und stark frequentierte Grünanlage. Damit verbunden sind unerfreuliche Begleiterscheinungen wie Litteringprobleme und Lärmbelastungen. Zunehmend Sorgen bereitet die Sicherheit auf der Anlage: Seit 2017 ist ein Anstieg von Gewaltdelikten zu verzeichnen (Nähere Informationen dazu finden sich im Antwortschreiben auf die Interpellation von Felix Wehrli / P195455). Auch der Handel mit vorwiegend weichen Betäubungsmitteln und die Anwesenheit von Dealern auf der Anlage sorgen bei vielen Menschen für Angstgefühle. Kinder, Jugendliche und Eltern beginnen vermehrt den Ort in der Freizeit zu meiden und die Anlage hat ein zunehmendes Imageproblem. Die subjektiven Ängste werden durch die intensive mediale Berichterstattung noch befeuert. Die Sicherheit im öffentlichen Raum ist auch für den Regierungsrat ein wichtiges Thema. Gewaltdelikte im öffentlichen Raum sind nicht tolerierbar. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Dreirosenanlage durch die Bevölkerung weiterhin genutzt werden kann. Dennoch sollen Massnahmen geprüft werden, um die Sicherheit auf der Dreirosenanlage zu verbessern.

2. *Welches Departement und welche Abteilung haben die Federführung? Falls kein Departement die Federführung hat, bittet die Interpellantin ein zuständiges Departement zu benennen.*

Bei den Themen Sicherheit, Bekämpfung des Handels mit Betäubungsmitteln und Lärmklagen ist die Polizei (Justiz- und Sicherheitsdepartement) zuständig, die Stadtgärtnerei (Bau- und Verkehrsdepartement) ist hauptverantwortlich für den ordentlichen Unterhalt und der Reinigung der Grünanlage, das Erziehungsdepartement ist verantwortlich für die Schulen und die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Sozialhilfe (Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt) ist zuständig für die Unterstützung von Bedürftigen, für Betreuung und Unterbringung von Personen aus dem Asylbereich, die auf Sozialhilfe angewiesen sind und für abgewiesene Asylsuchende mit ungeregeltem Aufenthalt, die bis zur Rückkehr in ihren Heimatstaat mit Nothilfe unterstützt werden. Die Kantons- und Stadtentwicklung (Präsidialdepartement) ist verantwortlich für die Koordination, Zusammenarbeit und Vermittlung der beteiligten Akteure und hat deshalb die Federführung übernommen.

3. *Mit den Tendenzen der Mediterranisierung des öffentlichen Raums und der 24-Stunden-Gesellschaft bedarf es bei verschiedenen Departementen auch mehr Ressourcen um die zunehmenden Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zu bearbeiten. Wie viel Ressourcen braucht es nach Ansicht des Regierungsrats für diese Aufgabe?*

Die Konflikte auf der Dreirosenanlage haben sich innert zwei Jahren sehr zugespitzt. Ziel ist, die Dreirosenanlage für alle Nutzerinnen und Nutzer wieder sicherer zu machen und sie gleichzeitig als öffentlicher Raum für alle offen zu halten. Zurzeit werden die benötigten Ressourcen für zusätzliche Massnahmen geklärt und eine mögliche Finanzierung vorbereitet.

4. *Seit wann gibt es einen Runden Tisch um die Thematik der Dreirosenanlage? Welche Verbesserungsmaßnahmen konnten bereits umgesetzt werden und welche Massnahmen sind für 2020 in Planung?*

Um Nutzungskonflikte auf der Anlage anzugehen, hat das Stadtteilsekretariat Kleinbasel auf Anregung von AnwohnerInnen 2016 einen Runden Tisch Dreirosenanlage ins Leben gerufen. Am Runden Tisch sind AnwohnerInnen sowie VertreterInnen verschiedener Verwaltungsstellen und

Freizeitvereine vertreten. Seit 2019 trifft sich zusätzlich eine interdepartementale Arbeitsgruppe Dreirosenanlage. Von 2017 bis heute wurden verschiedene Massnahmen auf der Anlage umgesetzt, wie die Entfernung von mobilem und Errichtung von fixiertem Mobiliar, Verbauung von Nischenplätzen, Baumpflanzungen, Anbringen eines Banners mit Verhaltensregeln, Sensibilisierung von Jugendgruppen und verstärkte Polizeikontrollen. Im Juni fand eine Aktionswoche mit einem Infomobil auf der Anlage statt. Ende November 2019 wurde durch die Polizei in Zusammenarbeit mit dem Migrationsamt eine Aktion durchgeführt. Im Zuge der umfangreichen Abklärungen wurden bei acht Personen Ein- oder Ausgrenzungen gemäss Art. 74 des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG; SR 142.20) verfügt.

Einmal pro Woche ist ein ehrenamtlich tätiger Gassenarbeiter des Vereins Elim vor Ort anwesend. Auswertungen zeigen, dass die Massnahmen wirken, aber kompensiert werden durch den zunehmenden Nutzungsdruck und die steigende Gewaltspirale. Aus Sicht der Mitglieder des Runden Tisches wie auch der Verwaltung sind deshalb zusätzliche Massnahmen notwendig. VertreterInnen der zuständigen Verwaltungsstellen haben verschiedene Lösungsansätze diskutiert, die erfolgsversprechendsten werden zurzeit vertieft abgeklärt.

Welche vom Runden Tisch vorgeschlagenen Verbesserungen konnten nicht umgesetzt werden und weshalb?

Die Vorbereitungen zur Verbauung des Nischenplatzes unter der Treppe dauerten wegen Projektänderungen rund vier Jahre. Ende November 2019 konnte dieser Bereich eingezäunt werden. Die Fläche dient nun der Stadtgärtnerei und dem Jugendzentrum als Lagerfläche für Spiel- und Sportmaterial. Die ursprünglichen Blachen mit Verhaltensregeln waren sehr schwer und wurden deshalb nicht täglich angebracht, es wurden mittlerweile leichtere Blachen angeschafft. Generationenspielgeräte und Spielgeräte für ruhigere Spiele in der Nähe der Freizeithalle waren ebenfalls angedacht: Die Stadtgärtnerei ergänzte das Angebot an Tisch-Bank-Kombinationen, Sonnenschirmen und pflanzte zusätzliche Bäume. Des Weiteren wurde ein zweiter Tischtennistisch installiert. Die Mittler im öffentlichen Raum des Gesundheitsdepartements und der Gassenverein Schwarzer Peter wurden um Unterstützung angefragt. Die Angebote von beiden Institutionen richten sich an eine andere Zielgruppe, die sich nicht auf der Anlage aufhalten, was Gespräche und Rundgänge bestätigt haben. Die Mittler im öffentlichen Raum tragen mit ihrer aufsuchenden Tätigkeit soweit als möglich dazu bei, die negativen und unerwünschten Begleiterscheinungen des Konsums von illegalen Suchtmitteln, insbesondere im Umfeld der beiden Kontakt- und Anlaufstellen, so gering wie möglich zu halten.

5. Das Mittel eines offenen Briefes ist heftig. Aus Sicht des Regierungsrates welche Gründe führten dazu? Wie hätte eine solche Eskalation vermieden werden können?

Aufgrund der direkten Betroffenheit beurteilen Mitarbeitende des Vereins JuAr die Probleme als dringlicher als Verwaltungsmitarbeitende. Sie fordern grössere Sofortmassnahmen, allerdings sind dafür in den Departementen keine zusätzlichen Ressourcen vorhanden und diverse Abklärungen, Absprachen zwischen den Departementen wie auch Bewilligungsfristen (v.a. Baubewilligungen) erfordern Zeit. Andere geforderte Massnahmen wie jene nach einer „Schutzzone“ widersprechen dem kantonalen Konzept des öffentlichen Raums und werden deshalb nicht weiterbearbeitet. Grundproblem ist, dass sich Konflikte im öffentlichen Raum innert kurzer Zeit zuspitzen können, es stehen aber auf Seiten der Verwaltung nicht sofort mehr Ressourcen zur Verfügung, um die Situationen zu deeskalieren.

6. Wie geht der RR mit dem Spagat der Verdrängung, dem Recht der Nutzung des öffentlichen Raums für alle und den Bedürfnissen der betroffenen Institutionen der Jugendarbeit um?

Das vom Regierungsrat verabschiedete Konzept „Der öffentliche Raum gehört allen“ hält fest, dass öffentliche Plätze grundsätzlich allen zur Verfügung stehen und dass sich Menschen im öffentlichen Raum sicher und angstfrei bewegen sollen. Gerade im Matthäusquartier, das einen hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen sowie an Armutsbetroffenen aufweist und zugleich über eine dichte Bebauung und wenig Grün- und Freiflächen verfügt, ist es wichtig, dass Grünflächen von der in- und ausländischen Bevölkerung genutzt werden können. Aber auch für die prob-

lemverursachenden Männer ist die Dreirosenanlage ein wichtiger Ort und auch sie haben das Recht, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten und sich zu treffen.

7. *Zwei Forderungen stachen in der öffentlichen Diskussion besonders heraus: 1. Der Ruf nach intensiveren Betreuung. Die Vorstellungen über Betreuer, deren Aufgaben, Zielgruppe und dem Zeitumfang für die Betreuung sind unterschiedlich und reichen von mehr Präsenz der (Jugend)Polizei bis hin zu Rangersystemen und aufsuchender Sozialarbeit. Ist der Regierungsrat gewillt für den Ausbau der sozialarbeiterischen Tätigkeiten in diesem Gebiet Mittel beim GR zu beantragen?*

In der interdepartementalen Arbeitsgruppe wurden verschiedene Betreuungssysteme diskutiert und verglichen. Zurzeit werden zusätzliche Massnahmen u.a. auch ein Rangerdienst geprüft.

8. *Den Akteuren zu Folge ist die Unterbeschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit gewisser Personen und deren Perspektivenlosigkeit ein Teil des Nutzungskonflikts: welche politischen Massnahmen schlägt der RR vor um sich dieser Thematik vermehrt anzunehmen (sowohl bei Personen mit wie auch ohne Schweizer Pass)? Kann der RR sich vorstellen auf der Dreirosenanlage Beschäftigungen anzubieten oder konnten bereits in diesem Bereich tätige Akteure dies tun (mit einem Leistungsauftrag)?*

Zurzeit werden Massnahmen für Personen mit geregelter Aufenthaltsstatus geprüft. Für abgewiesene Asylsuchende in Nothilfe, die dem Kanton Basel-Stadt zugewiesen sind, kann die Sozialhilfe die Teilnahme an einem Beschäftigungsprogramm prüfen, vorausgesetzt die Betroffenen sind interessiert. Bei Personen ohne geregelten Aufenthalt aus anderen Kantonen oder dem grenznahen Ausland ist die Situation schwieriger. Die Möglichkeiten sind sehr gering, da die Zuständigkeit nicht beim Kanton Basel-Stadt liegt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin